

Antrag A3

Antragsteller:

KV Rhein-Kreis Neuss

Erhöhung des Mindestlohns durch die Mindestlohnkommission in rechtskonforme Fassung bringen oder aussetzen

Die Mindestlohnkommission hat im Juni 2025 die Erhöhung des Mindestlohnes ab Januar 2026 auf 13,90 Euro und ab Januar 2027 auf 14,60 Euro pro Stunde erhöht.

Dieses wurde vom Bundeskabinett in der „**Fünfte Verordnung zur Anpassung der Höhe des Mindestlohns**“ beschlossen.

Dabei orientierte sie sich stark an einem Alternativkriterium, wonach der Mindestlohn 60 Prozent des mittleren Lohnniveaus vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer betragen soll. Nachgewiesenermaßen ist dies aber durch das vom Bundestag beschlossene Mindestlohngesetz nicht gedeckt. Damit ist die Kommission von dem gesetzlich vorgegebenen Kriterium abgewichen, sich vor allem an der zurückliegenden Entwicklung der Tariflöhne zu orientieren. Damit ist diese Entscheidung und der Beschluss des Bundeskabinetts nicht rechtskonform.

Begründung:

Der scheinbar formalrechtliche Konflikt zwischen dem deutschen Mindestlohn, der Arbeitnehmer davor schützen soll, dass Arbeitgeber ausbeuterische Niedriglöhne erzwingen können, der EU-Richtlinie und das 60-Prozent-Kriterium, welches für einen sozialpolitisch ausgerichteten Mindestlohn, der den Arbeitgebern eine sozialstaatliche Fürsorge auferlegt, steht für eine lohn- und sozialpolitische Grundsatzfrage.

Was gilt in Deutschland: die EU-Richtlinie oder die Vorgaben für den deutschen Mindestlohn? Unbenommen, ob die EU-Richtlinie gültig sei – eine derart gravierende Änderung der Mindestlohnkonzeption ist nur möglich, wenn sie der Bundestag demokratisch beschließt, was nicht der Fall ist. Eine eigenmächtige Kursänderung steht weder der Mindestlohnkommission noch der Regierung zu.

Die Auswirkungen dieses Beschlusses sind angesichts der wirtschaftlichen Lage des deutschen Mittelstandes katastrophal. Angesichts der sehr stark gestiegenen und weiter steigenden Insolvenzen, der angekündigten Kostensteigerungen durch die Co2-Abgabe ab Januar 2027, den enorm hohen Energiekosten und der

Auswirkungen des demografischen Wandels lässt sich ein solcher Beschluss nicht rechtfertigen.

Die Folge ist eine zusätzliche Veränderung des Lohngefüges in den Unternehmen, um qualifizierte und langjährige mitarbeitende Arbeitnehmer finanziell nicht zu benachteiligen und zu demotivieren

Konsequenzen und Folgen

1. Erhöhte Kosten für die Dienstleistungen und Produkte, die an die Kunden und Verbraucher weitergegeben werden. Was bei erhöhten Preisen zu Verlusten führen kann, da nicht sicher ist, ob die Kunden das akzeptieren.

2. Arbeitgeber müssen Personal reduzieren, um Kosten zu sparen, dadurch finden z.B. Studenten und Schüler keine Minijobs mehr. Oder in personalintensiven Bereichen wie der Gastronomie werden Öffnungszeiten reduziert oder Betrieb schließen ganz, weil der Personaleinsatz unbezahlbar wird.

3. Qualifizierte Arbeitnehmer verlassen das Unternehmen, wenn die Lohnstruktur nicht angepasst wird = Lohnerhöhungen nötig, um den Abstand zu ungelernten Kräften zu wahren bzw. durch das Verlassen fehlen Fachkräfte, um Aufträge durchzuführen = Verschlechterung der Unternehmenssituation.

Gewinner nach diesem Beschluss ist allein der Staat, der auf jeden Fall mit höheren Steuereinnahmen rechnen kann, denn diese sind ja an die Gehälter und Produktpreise gebunden.

Wir erwarten einen rechtskonformen und realistischen Beschluss in Bezug auf Höhe und Startdaten über eine Mindestlohnerhöhung oder dessen Aussetzung aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation für die mittelständischen Unternehmen in Deutschland.

Votum der Antragskommission:

Verweisung in den Landesvorstand